

60 Jahre ÖRK – Ökumene in der Krise? ¹

Die Anfänge der ökumenischen Bewegung reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Ziel war es stets, die zahlreichen Kirchenfamilien im Sinne von „ut unum sint“ einander wieder anzunähern. Während auf protestantischer Seite (Anglikaner, Lutheraner, Reformierte; dann Freikirchen sowie jüngst entstandene, z. T. kleinste Gruppierungen) die meisten – z. Z. um 300 – Kirchen im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) Mitglied sind, hat sich die katholische Seite zurückgehalten. Dabei ist unübersehbar, dass Rom mittlerweile an ÖRK-Veranstaltungen präsent ist und in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung als Vollmitglied mitarbeitet.

Mit der Gründung des ÖRK, 1948 in Amsterdam, erhielt die Bewegung eine klare Struktur. Allerdings war die Orthodoxie zunächst nur schwach vertreten (an der Gründungsveranstaltung nahmen unter 351 Vertretern nur 20 Orthodoxe teil). Den orthodoxen Kirchen im kommunistischen Block war eine Mitwirkung lange nicht möglich: Die Einladung an das Moskauer Patriarchat, zur Gründung des ÖRK Repräsentanten nach Amsterdam zu entsenden, wurde (zweifellos auf Druck Stalins) in einer Note vom 17. Juli 1948 zurückgewiesen: „Alle orthodoxen Kirchen [...] sehen sich genötigt, die Teilnahme an der ökumenischen Bewegung in ihrer heutigen Gestalt abzulehnen.“ Daran waren die orthodoxen Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang gebunden: der Sowjetunion (Russlands, Georgiens, Armeniens), dann Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens, Polens und der Tschechoslowakei. So war im ÖRK im ersten Jahrzehnt eigentlich nur die griechische Orthodoxie (das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, Alexandria, Antiochien, Jerusalem, Griechenland, Zypern) vertreten – und die altorientalischen Kirchen.

Unerwartet gab Staatschef Nikita Chruschtschow 1961 die Erlaubnis, Delegierte der Russisch-Orthodoxen Kirche (später auch der Evangeliumschrinden-Baptisten) zur Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi zu entsenden – und zwar auf dem Höhepunkt der von ihm entfachten Religionsverfolgungen: Die Anwesenheit von Kirchenvertretern aus der Sowjetunion sollte von der neuen anti-religiösen Kampagne ablenken. Diese hatten mit ihren Statements im Westen jegliche Religionsverfolgung zu leugnen und darüber hinaus die „Friedenspolitik“ der Sowjetunion („Der Friede muss bewaffnet sein!“) zu vertreten. Die Regierungen der anderen Ostblock-Länder zogen sofort nach und gestatteten „ihren“ Kirchen ebenfalls die Mitwirkung in der Ökumene. – Diese hatte für die Orthodoxen aus dem Ostblock durchaus Vorteile: Als Geistlicher fühlte man sich nun besser vor staatlicher Verfolgung geschützt; man konnte Hilfe aus dem Westen in Empfang nehmen; Westreisen zu Dialog-Konferenzen wurden möglich.

Die Repräsentanten orthodoxer Kirchen hatten es in der Genfer Ökumene aber nicht leicht. Sie mussten mit Vertretern oftmals kleinster Kirchen verhandeln, die Orthodoxe zuweilen gar nicht als Kirche anerkennen oder deren Spiritualität ihnen

¹ Erstveröffentlichung in: G2W 7–8/08, 16–19.

zutiefst fremd ist; ständig wurden sie gefragt, wann die Orthodoxen endlich die Frauenordination einführen, wurden von Feministinnen geradezu belästigt; bei Abstimmungen waren sie den protestantischen Kirchen hoffnungslos unterlegen; orthodoxe Anliegen durchzusetzen – dazu hatten sie keine Chance. Aber trotz aller Probleme, die Orthodoxe mit dem ÖRK hatten, hielten sie durch: Die Kirchen in ihren kommunistischen Heimatländern brauchten die moralische Unterstützung aus Genf.

Die Krise vor zehn Jahren

Vor zehn Jahren war die Ökumene wirklich in der Krise – jedenfalls wenn man sie am Zustand des ÖRK misst. Vor der 8. Vollversammlung des ÖRK (4.–14. Dezember 1998 in Harare/Simbabwe) waren Stimmen orthodoxer Mitgliedskirchen immer lauter geworden, die entweder einen Austritt aus dem ÖRK oder aber eine völlige Veränderung seiner Strukturen forderten. Auf einer von den Patriarchaten Russland und Serbien initiierten Konferenz in Thessaloniki versuchten die orthodoxen Kirchen, ihr Unbehagen gegenüber dem ÖRK und den protestantischen Kirchen, das sich seit der politischen „Wende“ in Europa angesammelt hatte, gemeinsam zu artikulieren. Von einem „Versuch“ muss man reden, da es – wie Kenner wissen – nicht einfach ist, auf der einen Seite zwischen Istanbul und Moskau und auf der anderen Seite z. B. zwischen Jerusalem, Kairo und Damaskus einen Konsens zu finden – selbst, wenn es nur ums Protestieren geht. Traditionen und Interessenslagen sind doch sehr unterschiedlich.

Es ging ja schon seit längerer Zeit um die „westlichen“ Themen „Frauenordination“, „inklusive Sprache der Bibel“ und „Homosexualität“. Neu war aber die Entscheidung, mit der die ethisch-moralischen Fragen jetzt mit ekklesiologischen Grundsatzfragen verknüpft wurden. Der *Church of England* hatte die Russische Kirche besonders übel genommen, dass jene trotz und während ihres langen Dialogs, der schon im 19. Jahrhundert begonnen wurde, die Frauenordination eingeführt hatte. Und die lutherische Kirche von Schweden, aber auch andere „progressive“ Kirchen haben über die Segnung homosexueller Paare nicht nur diskutiert, sondern diese auch vollzogen. Die grundsätzliche Frage nach dem Verständnis der Bibel wurde gestellt, und es wurde schließlich auch problematisiert, was eigentlich der ÖRK theologisch und liturgisch im Namen seiner Mitgliedskirchen diskutieren und empfehlen darf. Hartnäckig hielt sich sogar das grundlose Gerücht, die orthodoxen Kirchen müssten ihre liturgischen Texte der feministischen „inklusive Sprache“ anpassen.

Im Mai 1998 war bereits die orthodoxe Kirche von Georgien aus dem ÖRK ausgetreten, wobei der ökumenisch eingestellte und ehemalige Präsident des ÖRK, Patriarch Ilia II., von Mönchen, die Verbindung zu konservativen Klöstern auf dem Berg Athos hatten, geradezu mit physischer Gewalt zum Austritt gezwungen worden war. Auch die Kirche von Bulgarien kündigte noch im gleichen Jahr ihre Mitgliedschaft auf. Die Kirche von Jerusalem wollte keine Delegierten zur Vollver-

sammlung entsenden, und die Kirchen von Serbien und Russland riefen dazu auf, sich sofort aus dem ÖRK zurückzuziehen. Journalisten sprachen bereits von der Spaltung oder gar vom Ende des ÖRK. Nicht nur in einigen orthodoxen Kirchen, sondern auch beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, der Lutherischen Kirche von Finnland und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde überlegt, was man zur De-Eskalierung beitragen könnte.

Entscheidend war aber, dass die orthodoxen Kirchen auf einer Konferenz in Thessaloniki (29. April bis 1. Mai 1998) Beschlüsse gefasst hatten, die alles in allem dann aber doch ziemlich moderat waren: Sie wollten die Anzahl orthodoxer Delegierten reduzieren; diese sollten nicht an ökumenischen Gottesdiensten teilnehmen, um ihrem Protest gegen die Arbeitsweise des ÖRK sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Im Abschlussdokument von Thessaloniki hieß es zwar bedrohlich – aber auch hoffnungsvoll, dass *„diese Maßnahmen aufrechterhalten werden, bis eine radikale Umstrukturierung des ÖRK stattgefunden hat, die einem orthodoxen Mitwirken angemessen Rechnung trägt“*. Weiter wurde die Bildung einer „Gemischten Theologischen Kommission“ vorgeschlagen, die Modelle einer Umstrukturierung des ÖRK erarbeiten sollte, die den Erwartungen der Orthodoxen an den ÖRK entsprächen.

Auf der Vollversammlung von Harare waren es dann besonders zwei Delegierte der Russischen Orthodoxen Kirche, Erzpriester Vsevolod Tschaplin, einer der Stv. Vorsitzenden des Außenamtes der Russischen Kirche, und Archimandrit Hilarion (Alfejev, *1966; heute: Bischof von Wien und Österreich), die mit schärften Worten die orthodoxen Anklagen – hinsichtlich der *Ordination der Frau* und des Themas *Homosexualität* – im Plenum vorbrachten. Mit anderen Delegierten habe ich zur Mäßigung im Ton und in der Sache gemahnt und daran erinnert, dass wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges (also während 40 Jahren Kalten Krieges) zusammengearbeitet hätten – und dass der ÖRK für die gesamte ökumenische Bewegung wichtig gewesen sei und bleiben müsse.

Schließlich beschloss man, eine „Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im ÖRK“ zu bilden, die sich mit den orthodoxen Beschwerden befassen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation machen sollte. Ich wurde zum Co-Moderator für die protestantische Seite, der altgediente Ökumeniker Metropolit Chrysostomos von Ephesus (Ökumenisches Patriarchat Konstantinopel) zum Moderator für die Orthodoxen berufen. Wir waren je 30 Vertreter, die in drei Jahren ein gewaltiges Pensum an schwierigen Problemen behandelten und dem Exekutiv- und dem Zentralausschuss schließlich Vorschläge unterbreiteten, wie eine künftige Zusammenarbeit aussehen könnte. Noch nie in der damals 50-jährigen Geschichte des ÖRK wurde den orthodoxen Mitgliedskirchen so große Aufmerksamkeit gewidmet, und noch nie zuvor haben Protestanten so viel von den Orthodoxen gehört und gelernt. Das Ergebnis, das vom Zentralausschuss angenommen und auf der 9. ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre (2006) mit dem *Konsensverfahren* bereits erfolgreich praktiziert wurde, ist Grundlage meines Optimismus, dass sowohl

die Ökumene im ÖRK als auch in der KEK (Konferenz Europäischer Kirchen) zwischen Protestanten und Orthodoxen sehr wohl weitergeführt werden kann.

Platz lassen für Überraschungen

Es war in der ökumenischen Bewegung von Anfang an nicht absehbar, wie sie sich entwickeln würde. Das sagte mir Hans-Heinrich Harms, einer der ersten Mitarbeiter im Stab des ÖRK in der Genfer Zentrale (kürzlich ist der ehemalige Bischof von Oldenburg mit über 90 Jahren gestorben), zum Trost, als ich nicht so recht verstand, warum im Jahr 2002 die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann von einem Tag auf den anderen ihre Mitgliedschaft im Zentralausschuss des ÖRK aufgab. Im Rückblick ist mir klar, was sich in der Haltung der Orthodoxen ihr gegenüber verändert hat: 1983 war sie zunächst Jugenddelegierte – schließlich aber Bischöfin. Trotzdem halte ich ihren Austritt auch heute noch für falsch: Weil er nichts daran ändert, dass es kontroverse Themen gibt, denen wir uns auch in Zukunft stellen müssen.

Und dazu gehört die Frage, ob und wie wir als Christen verschiedener Tradition miteinander beten bzw. Gottesdienst feiern können. Ich habe immer gesagt: „If we can't pray together – we can't stay together“, und habe dabei immer an Gottesdienste bzw. Andachten gedacht, die von ordinierten Frauen *und* ordinierten Männern geleitet werden können. Nichts anderes haben wir der Sonderkommission als Ergebnis vorgelegt und in den Gremien beschlossen. Nach meinem Eindruck war das nach allem, was vorausgegangen war, das größte Zugeständnis der Orthodoxen an die Protestanten. Diese hatten dagegen wegen ihres westlichen Demokratieverständnisses ihre Schwierigkeiten mit dem Konsensverfahren, obwohl es in den *United Churches of Australia and of Canada* seit über zehn Jahren erfolgreich praktiziert wird. Auf dieser Basis lässt sich theologisch und praktisch weitermachen. Wir könnten also zufrieden sein.

Geänderte kirchliche Großwetterlage – oder: die Krise heute

Als Beobachter der weiteren Entwicklung bin ich aber nicht zufrieden. Einmal wegen der offenbar gewordenen Schwäche in der Führung des ÖRK sowie wegen der inhaltlich wenig profilierten Arbeit des ÖRK im Allgemeinen. Wir haben als Protestanten und Orthodoxe eine neue gemeinsame Form gefunden, aber weder in der Tradition von „Glauben und Kirchenverfassung“ (*Faith and Order*) noch im Gefolge des gesellschaftspolitischen Engagements der 60er Jahre haben wir vergleichbare gemeinsame Programme neu starten können. Es werden 2008 Entscheidungen gefällt werden müssen, *mit wem* und *für welche Inhalte* der ÖRK weitermachen kann und soll.

Ich bin auch nicht zufrieden mit der Wahrnehmung der konfessionspolitischen oder gar religionspolitischen Großwetterlage. Nach meinem Eindruck werden die

protestantischen Kirchen weltweit und besonders in Europa mehr und mehr marginalisiert. Ich stelle das natürlich zuerst in Deutschland fest, wo es in den Medien immer eine Balance zwischen der Berichterstattung über die evangelische und katholische Kirche gegeben hat. Aber seit zwei Jahren wird alles über den Papst und die katholische Kirche, aber kaum noch etwas über die Evangelischen berichtet. Die EKD hat in Bischof Wolfgang Huber, Berlin, einen profilierten Sprecher, aber seit Monaten kommt er oder kommen die Aktivitäten der EKD in den Printmedien meistens nur dann vor, wenn eine katholische Nachricht als Aufmacher dient. Die Verschiebung der Koordinaten mag auch darin ihren Grund haben, dass es derzeit weder aufregende Personennachrichten noch kontroverse Themen gibt. Ich erinnere mich, bei unseren regelmäßigen Treffen zwischen der EKD und dem SEK auch in der Schweiz ähnliche Klagen gehört zu haben.

Neu in Deutschland ist allerdings, dass jetzt mehr über die 1,2 Millionen dort lebenden orthodoxen Christen zu lesen ist als früher: lokal z.B. über die Ehrung der im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gefallenen russischen Soldaten durch russische Priester, die in Deutschland immer mehr Gemeinden sammeln; auf internationaler Ebene liest man in den deutschen Medien natürlich über die Dankesworte des Moskauer Patriarchen Aleksij II. an den scheidenden Präsidenten Putin während des Osternacht-Gottesdienstes in der Christus-Erlöser-Kirche in Moskau, und man liest über den kirchlichen Segen für Medvedjev im Zarenpalast des Kremls nach seiner Wahl zum Präsidenten. In Russland, diesen Eindruck erwecken die Medien, sei das orthodoxe Christentum wieder Staatsreligion und spiele eine beherrschende Rolle. Einige westliche Medien flüchten sich in Ironie, weil sie sich mit den Sitten und Gebräuchen nicht auskennen, oder schwelgen in der Darstellung von Ikonen oder der Wiedergabe russischer Chormusik. Auf jeden Fall gibt es etwas zu sehen und zu hören – was die Orthodoxie mit der römisch-katholischen Kirche verbindet und wobei die evangelische Kirche schon in der Vergangenheit meistens den Kürzeren zog.

Wir als Evangelische müssen uns in den nächsten Jahren mehr als bisher darauf einstellen, dass wir weder aus römisch-katholischer noch aus russisch-orthodoxer Sicht wichtige Partner sind. Denn wie sogleich nach der Wahl Papst Benedikts XVI. begonnen, setzen die Römisch-katholische und die Russische Orthodoxe Kirche ihre Annäherungen fort und machen gemeinsam Front gegen die Säkularisierung, wobei erst einmal offen bleiben kann, was genau darunter zu verstehen ist. Deutlich spürbar ist schon jetzt ein Abrücken von den Ergebnissen der europäischen Aufklärung in Schule und Universität sowie der gesamten Kultur des Westens. Beide Ausprägungen des Christentums werden versuchen, mit anderen Weltreligionen nicht nur gute Nachbarschaft zu pflegen, sondern auch Koalitionen gegen den Materialismus und den angeblichen Werteverfall einzugehen.

Bei dieser Konstellation können die protestantischen Kirchen leicht als Kollaborateure des Zeitgeistes angeklagt werden – hinsichtlich der Frauenordination oder des Themas Homosexualität. Deshalb war und ist es so wichtig, solide theologische Begründungen dafür zu geben, warum man nicht einfach dem Wortlaut der Bibel

folgt. Auch mit Blick auf die rasante Ausbreitung von Pfingstkirchen und die Nähe von Evangelikalen zur Politik müssen die Grundlagen für ein vernünftig verantwortbares Christentum zwischen Fundamentalismus und Säkularismus mit Hilfe einer geschichtlich orientierten Hermeneutik neu formuliert werden.

Die „nationalkonservative“ Versuchung

In der russischen Geschichte des 19. Jahrhunderts gab es das bekannte Tauziehen zwischen „Westlern“ und „Eurasiern“, also zwischen denen, die Russland durch westliche Ideen modernisieren wollten, und jenen, die das Eigentliche Russlands in seiner Zwitterstellung zwischen Europa und Asien sahen. So ähnlich sortieren sich die kulturellen und wirtschaftlichen Vorstellungen auch heute wieder, wobei Jelzin eher zu den Westlern zu zählen wäre. Auch Putin gab sich lange als „Westler“, ist aber enttäuscht von den Amerikanern und den meisten Europäern und tendierte in den letzten Jahren eindeutig zu den „Eurasiern“.

So verwundert es auch nicht, dass mit orthodoxer Unterstützung eine „Russische Doktrin“ mit antiwestlicher Stoßrichtung verbreitet wird (vgl. darüber G2W 1/2008, 12–21, darunter Gerd Stricker: „Großrussische Phantastereien?“). Diese Doktrin richtet sich gegen westliche Einflüsse, gegen Demokratisierung sowie Globalisierung und propagiert eine Orientierung Russlands *nach Asien* einschließlich einer Zusammenarbeit mit Islam und Hinduismus. Seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, als in engem Schulterschluss mit den Präsidenten Jelzin und Putin von Nationalkonservativen das sog. „Russische Weltkonzil“ ins Leben gerufen wurde, haben sich Metropolit Kirill, der Außenamtchef des Patriarchats, und sein Stellvertreter, Erzpriester Vsevolod Tschaplin, als Wortführer hervoragetan – ob aus Überzeugung oder aber, um die „Westler“ heilsam zu schockieren, sei dahingestellt. Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass die eurasische Karte immer dann gespielt wird, wenn der Einfluss der Russischen Kirche im Westen verstärkt – und parallel dazu ihre Aktivitäten in Mittel- und Westeuropa ausgedehnt werden. So hat im Oktober 2007 in Brüssel der sog. „Erste Paneuropäische Russische Kongress“ stattgefunden, angeblich um zusammen mit den Auslandsrussen den Integrationsprozess von EU und Russland zu befördern. Es geht um neue vertragliche Abmachungen, die jetzt endlich fixiert werden sollen.

Auf der letzten Konferenz des „Petersburger Dialogs“ im September 2007 in Wiesbaden, an der es zu einer Begegnung von Präsident und Bundeskanzlerin Merkel kam und zu der auch ich eingeladen war, ist zu meiner Genugtuung eine Sektion „Kirchen“ eingerichtet worden, die auch in Zukunft gemeinsame relevante Themen behandeln soll. Es war bemerkenswert, wie vehement sich mit Blick auf Schule und Diakonie Vsevolod Tschaplin und der russische Erzbischof Longin (Talypin, Düsseldorf) für die Einführung des deutschen kooperativen Modells zwischen Staat und Kirche aussprachen. Das ist bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass sich am 27. Juli 2007 zehn russische Wissenschaftler mit dem Nobelpreisträger Vitalij Ginzburg an der Spitze in einem Offenen Brief (G2W 1/2008, S. 14)

gegen eine „wachsende Klerikalisierung der russischen Gesellschaft“ und gegen die Einführung orthodoxen Religionsunterrichts gewandt hatten.

Derselbe Vsevolod Tschaplin, der zu Dialogen nach Teheran, Neu-Delhi oder nach Peking reist und auch eine Lanze für die internationalen Organisationen wie Europarat oder UNO brechen kann, setzt sich ebenso vehement für die Stärkung der GUS (Zusammenschluss der meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion) ein und ist – wie nicht anders zu erwarten – gegen die Abtrennung des Kosovo von Serbien und auch gegen die Ausbreitung der Nato nach Osten, näher an Russlands Grenzen heran. Ich frage mich seit langem, was für Berater die amerikanische Regierung eigentlich hat, denen es nicht gelungen ist, neue kooperative Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, sondern die alten Konfrontationen wiederzubeleben! Nicht zuletzt dadurch ist die nationalkonservative Ausrichtung der russischen Gesellschaft und Kirche gestärkt worden. Die Russlandpolitik des Westens tut gut daran, den Kontakt zur Russischen Kirche möglichst kontinuierlich zu pflegen.

Den 50-jährigen Dialog unter neuen Bedingungen fortsetzen

Ein gemeinsames Buch von EKD und Russischer Kirche aus dem Jahr 2003 trägt den wegweisenden Titel „Hinsehen und Hinhören“. Es handelte sich um eine schwierige Geburt nach sieben Jahren oft sehr mühevoller Arbeit. Es ist ein zweisprachiges Buch für alle, die sich für die Beziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Orthodoxen Kirche in Russland interessieren, besonders auch für angehende Theologen. Dieses Buch hat viel mehr zum Inhalt als den Rechenschaftsbericht über einen fast 50-jährigen evangelisch-orthodoxen Dialog, der 1959, mitten im Kalten Krieg, begonnen wurde und der seit 1969 auch vom „Bund Evangelischer Kirchen in der DDR“ mit der Russischen Orthodoxen Kirche bis zur Wende parallel geführt worden ist und jetzt gemeinsam weitergeführt wird.

Als Patriarch Aleksij 1995 Deutschland besuchte, haben wir einen gemeinsamen Bericht vorgelegt, worin wir die mehr als 20 theologischen Dialogrunden (von der Taufe über die Ämter bis zum Religionsunterricht) als „gelungenen Brückenbau“ bezeichnet und davon gesprochen haben, dass etwas Neues entstanden ist: nämlich eine „geistliche Weggemeinschaft“. Zu einer inhaltlichen Verständigung über das Wesen der Predigt bzw. über das Verhältnis von Wort und Sakrament im Gottesdienst ist es allerdings noch nicht gekommen, auch nicht über die apostolische Sukzession oder die Anerkennung der Ordination.

Aber es ist gelungen, sich gegenseitig über die jeweiligen theologischen Grundentscheidungen zu informieren und dafür Verständnis zu wecken. Im Berichtsband über den Dialog 1984 in Kiew, also 25 Jahre nach Beginn des Dialogs, schildert Professor Vitalij Borovoj (93-jährig verstorben am 7. April 2008), einst die „Graue Eminenz“ im Außenamt des Patriarchats, sehr eindrücklich seine Gefühle nach der Teilnahme im evangelischen Gottesdienst: „*So stand ich heute in ihrem Abendmahlsgottesdienst. Ich habe nicht nur einfach gebetet; ich war tief beeindruckt.*“

Nun, das wäre vielleicht nur meine Privatsache. Aber ich habe mir auch als Theologe überlegt: Herr Gott, das werde ich unbedingt auch meiner Kirche sagen; es ist doch eine ganz normale Liturgie, und es gab eine ausgezeichnete Predigt. Was brauche ich denn persönlich noch mehr? Notwendig ist die Anerkennung dessen, der die Liturgie vollzieht. Und das ist jetzt das Allerwichtigste für die Kirche. Die Frage nach dem, was Sie, die Evangelischen, als Amt bezeichnen, ist die schwierigste, aber auch gleichzeitig die wichtigste. Man muss sie ehrlich untersuchen.“

In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde er, nach seiner großen Zeit im ÖRK, vom Moskauer Patriarchat kaltgestellt, was ihn verbittert hat. Unvergesslich bleibt sein Vortrag über die Schöpfung auf der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983. Daran sollten EKD und ROK anknüpfen – ebenso an die Menschenrechtsthematik wie in diesem Jahr bei den Dialoggesprächen in Deutschland. Darin besteht ja das Eigene, dass sich Kirche und Theologie in diesen Dialogen begegnen, sich Mühe geben, „kirchlich“ bis hin zur Gestaltung von Andachten zu sein und sich auch persönlich kennen zu lernen. Namen tauchen auf wie Fairy von Liliencamp, Ernst Wolf, Edmund Schlink oder die vielen, die in den letzten Jahren seit der Wende den Dialog mitgestaltet haben. Umso besorgter bin ich, dass theologische Lehrstühle – namentlich mit ostkirchlichen Schwerpunkten – nicht wiederbesetzt oder mit anderen zusammengelegt wurden. Es wäre dringend geboten, u.a. das ostkirchliche Lehrangebot wieder zu verbreitern – gerade auch um einer wissenschaftlich bemerkenswerten Tradition und um der theologischen Fundierung (nicht nur) des evangelisch-orthodoxen Dialogs willen.

Rolf Koppe

(Rolf Koppe war bis August 2006 Auslandsbischof und Leiter der Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit im Kirchenamt der EKD. Er war Mitglied des Exekutivausschusses des ÖRK und Ko-Moderator der Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im ÖRK. Er ist Moderator des Herausgeberkreises der Ökumenischen Rundschau.)